

Lokales

Redaktion



Telefon: 0 41 01/ 535-6150

Nachrichten

Brücke: Grund der Sanierung

QUICKBORN Warum wird die Brücke im Verlauf der Ulzburger Landstraße in Quickborn zwei Jahre nach ihrer Sanierung schon wieder für mehrere Monate gesperrt? Diese Frage stellten Leser unserer Zeitung. Florian Zettel, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Via-Solutions-Nord, erläuterte auf Anfrage, dass die Brücke im Januar 2015 nach einem Anprallschaden kurzfristig repariert werden musste, um die Verkehrssicherheit wieder herzustellen. Im Zuge des sechsstreifigen Ausbaus der Autobahn 7 erfolge nun eine umfassende Sanierung, „um die Dauerhaftigkeit und Langlebigkeit des Bauwerks wieder herzustellen.“ Eine Sperrung für die Dauer von vier Monaten sei notwendig, da einige Bauwerksteile komplett ersetzt werden müssten. So werden etwa die Kapfen, auf denen die Geländer montiert sind, die Abdichtungen und die Fahrbahn erneuert. Für die nächsten Jahre sei keine weitere Sanierung und Sperrung mehr vorgesehen. *jhf*

Quiz mit dem Roten Kreuz

ELLERAU Ein Quiz in geselliger Runde: Dazu lädt der Senioren-Club des Ortsvereins Ellerau des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) für Dienstag, 14. März, ein. Das Treffen in der Seniorenbegegnungsstätte, Kopenhagenweg 46, beginnt um 14.30 Uhr. Gäste sind willkommen. *jhf*

Vortrag über Steuer 2016

ELLERAU Einen Vortrag über die Erklärung der Einkommensteuer für das Jahr 2016 hält Hanno Koltzau am Mittwoch, 15. März, in Ellerau. Der Steuerberater erläutert die Regelungen für Angestellte sowie für Unternehmer. Die Volkshochschule lädt Interessierte für 19 Uhr in den Sitzungssaal des Rathauses, Berliner Damm 2, ein. Teilnehmer zahlen eine Gebühr von pro Person 15 Euro. Interessierte melden sich über die VHS Ellerau an, erreichbar unter Telefon (041 06) 76 86 60. *jhf*



Auf dem Podium sprachen miteinander: Marianne Kolter (Linke, von links), Moderator Ben Lindloff, Helge Neumann (SPD), Eka von Kalben (Grüne), Moderatorin Hanna Wrege, Sven Ludzuweit (Piraten), Peter Lehnert (CDU), Moderator Tom Lenuweit, Annabell Krämer (FDP) und Michael Poschart (AfD).

Schüler fühlen Politik auf den Zahn

DISKUSSION 350 Erstwähler des Dietrich-Bonhoeffer- und des Elsensee-Gymnasiums im Gespräch mit sieben Landtagskandidaten

QUICKBORN Auf diese Frage war Eka von Kalben nicht vorbereitet: „Sollte man Schalldämpfer für Jagdwaffen erlauben?“, fragte ein Schüler die Vorsitzende der schleswig-holsteinischen Grünen-Landtagsfraktion gestern bei einer Podiumsdiskussion im Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium (DBG) in Quickborn. In Bayern sei das erlaubt, sagte der Schüler. Ihre Antwort: „Vor allem ist Internet an Schulen wichtig, weil es mir eben nicht gelungen ist, das Thema zu googeln.“ Da sie die Haltung ihrer Partei zu dieser Frage über ihr Smartphone nicht nachschlagen konnte, konterte sie schlagfertig: „Da es in Bayern erlaubt ist, könnte man meinen, dass die Grünen dagegen sind.“

Humorvoll, engagiert und kontrovers haben sich gestern die Landtagskandidaten von sieben Parteien etwa 240 Oberstufenschülern des DBG und ungefähr 110 Gästen aus dem Elsensee-Gymnasium vorgestellt. Der DBG-Schülersprecher Tom Lenuweit erläuterte: „Am 7. Mai findet bei uns die erste Landtagswahl statt, bei der auch 16-Jährige wählen dürfen.“ Die Podiumsdiskussion sollte sie darauf vorbereiten.

Lenuweit und seine Mitschüler Ben Lindloff sowie Hanna Wrege befragten mehr als eine Stunde lang die Landessprecherin der Linken, Marianne Kolter, sowie die Direktkandidaten aus dem

Wahlkreis Pinneberg-Nord Helge Neumann (SPD), Eva von Kalben (Grüne), Sven Ludzuweit (Piraten), Peter Lehnert (CDU), Annabell Krämer (FDP) und Michael Poschart (AfD). Sie saßen auf dem Podium nach ihrer politischen Ausrichtung von links nach rechts sortiert.

Zwei Runden mit jeweils 30 Sekunden langen Statements rahmten die Diskussion ein. Dazwischen stellten die Moderatoren Fragen zur Bildungspolitik, wie sich die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen fördern und wie sich die Attraktivität von Schleswig-Holstein für die junge Generation steigern lassen.

Die Politiker vertraten kontroverse Positionen. Lehnert forderte etwa eine Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren (G9), um die Vergleichbarkeit mit anderen Bundesländern herzustellen. Dagegen rieten Neumann und von Kalben dazu, die Schulmodelle nicht wieder zu ändern. Krämer forderte die Freiheit für Schulen, selbst zwischen G8 und G9 zu wählen. Kolter sprach sich dafür aus, das G8-Modell zugunsten von Gemeinschaftsschulen (G9) auslaufen zu lassen. Ludzuweit trat für eine Stärkung des Mitspracherechts für Schüler ein. Poschart verlangte eine bessere IT-Ausstattung der Schulen.

Aus dem Publikum kam die Frage nach der Legalisierung



Die Schüler des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums saßen in der Wanne ihres Info-Zentrums, die Gäste aus dem Elsensee-Gymnasium auf der Empore. *FRANK (3)*

von Cannabis. Lehnert sprach sich dafür aus, den Stoff für die Behandlung von Schmerzpatienten zu erlauben, Neumann trat für eine Entkriminalisierung ein, von Kalben betonte: „Kiffen während der Schulzeit ist nicht so sinnvoll.“

Viele Schüler fanden die Diskussion hilfreich. „Mein Bild der Parteien hat sich

deutlich verbessert“, sagte Lars Stolte (16, DBG). Vor allem die Fragen seiner Mitschüler zum Schulsystem hätten ihn weitergebracht. Zoe Raethe (19, ESG) sagte: „Es war gut, einfach mal Infos zu bekommen.“ Tom Heinemeyer (18, ESG) zeigte sich beeindruckt: „Die beantworten alle Fragen, die man ihnen stellt.“ Der Schüler Leon Lammann

fand Neumann am überzeugendsten. „Es ist selbstbewusst, jung, frisch“, sagte er. Yannick Fischer (17) betonte: „SPD und CDU sind beide argumentativ stark.“ Jonas (17, DBG) fand von Kalben am besten: „Sie hat nicht versucht, uns durch Fakten zu manipulieren, die wir nicht nachprüfen können“, sagte er. *Jan-Hendrik Frank*

Bürgerinitiative bezweifelt Sinn des zweigleisigen Ausbaus

ELLERAU Heute ist der letzte Abgabetermin für Einwände gegen das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der S-Bahnlinie 21. Unsere Zeitung hat in den vergangenen beiden Ausgaben die Stellungnahmen der Kommunen Quickborn und Ellerau vorgestellt. Heute kommt die Ellerauer Bürgerinitiative (BI) Bahnstraße zu Wort, in der sich etwa 100 Bürger zusammengeschlossen haben.

Sie wehren sich gegen die Pläne des Landes, zwischen den AKN-Stationen Quickborn-Ort und Tanneneck ein zweites Gleis zu bauen, das entlang der übrigen Abschnitte bereits liegt. Die Eigentümer von etwa 30 Häusern an der Bahnlinie müssen dafür etwa vier Meter breite Streifen ihrer Grundstücke hergeben und künftig mit einer vier Meter hohen

Lärmschutzwand auf der Südseite ihrer Gärten leben. Darüber hinaus müssen einige Anrainer etwa zwei mal zwei Meter große Flächen für den Bau von Strommasten abtreten. Nur auf der gegenüberliegenden Seite der Bahnstraße sollen sie in die Lärmschutzwand integriert werden. Der BI-Vorsitzende Markus Spiering betonte: „Wir sind nicht gegen das Projekt.“ Er wehre sich aber gegen eine acht Meter vom Kinderzimmer entfernte verlaufende Oberleitung und die Grundstücksverkleinerung.

Diese Beeinträchtigungen stehen für ihn in keinem Verhältnis zu der angekündigten Zeitersparnis. Die Planer hätten berechnet, dass sich die Züge etwa mittig zwischen Quickborn und Tanneneck begegnen. Bei einer Eingleichigkeit müsste der Zug Rich-

ting Norden jeweils 40 bis 50 Sekunden lang warten. „30 Grundstücksbesitzer werden enteignet für 40 Sekunden für die, die Richtung Norden fahren“, sagte er.

Spiering bedauert, dass die Lärm- und Erschütterungs-

gutachten nur auf die aktuelle Taktfrequenz, nicht aber auf eine Erhöhung eingehen. Er vermutet, dass dann mehr Anwohner das Recht auf Lärmschutz erhielten.

Die S21 ist zurzeit nur mit unten liegenden Stromab-

nehmern ausgerüstet. Auf der Strecke nach Kaltenkirchen soll aber eine Oberleitung gebaut werden. Spiering zufolge muss das Land daher etwa 100 Millionen Euro in neue Züge investieren. Er schlägt vor, stattdessen die bereits mit beiden Systemen ausgerüstete S3 nach Kaltenkirchen und die S21 nach Pinneberg fahren zu lassen. Spiering wirft dem Land vor, keine Alternativen geprüft zu haben. Möglich wäre es, die AKN nach Altona fahren zu lassen, und anstelle einer Oberleitung auf einen Akku-, Wasserstoff- oder einen Power-to-liquid-Antrieb mit rückstandslos verbrennendem Treibstoff zu setzen. Sorgen bereitet ihm auch die Bauphase. „Wenn alle Bauarbeiten vom Gleis aus erfolgen sollen, geht das nur nachts“, sagte er. *jhf*



Markus Spiering steht in seinem Garten. In Höhe der Leiter des Spielgeräts soll eine vier Meter hohe Lärmschutzwand und dahinter das zweite Gleis für die S21 gebaut werden. *FRANK*